

3. BERLINER UMWELT- GERECHTIGKEITS- KONGRESS

DOKUMENTATION

AM 25.11.2025
IM MUSEUM FÜR
NATURKUNDE

Senatsverwaltung
für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt

BERLIN



Bild: Jan Stradtman

INHALTSVERZEICHNIS

- 03** Einleitung
- 03** Begrüßung durch **Andreas Kraus**, Staatssekretär für Klimaschutz und Umwelt
- 04** Vorstellung des Umweltgerechtigkeitsatlas 2023/2024
„Umweltgerechtigkeit und Gesundheit in Berlin:
Eine intersektorale Perspektive auf sozial benachteiligte Quartiere“
Fachvortrag: **Christina Koglin-Fanenbruck**
(Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt)
- 05** „Umweltgerechtigkeit: Leitbild einer gesunden Stadtentwicklung?“
Fachkommentierung: **Prof. Dr. Claudia Hornberg**
(Vorsitzende des Sachverständigenrates für Umweltfragen, SRU)
- 07** “Environmental Justice in Paris”
Fachvortrag: **Noam Marseille**
(Deputy Head of the Research Department at the Directorate for Ecological and Climate Transition, City of Paris)
- 08** „Stadt als Experiment: Impuls zum Umwelt_Gerechten Prototyping“
Fachvortrag: **Anna Meide** und **Yannick Müller** (CityLAB Berlin)
- 09** “Building a just transition in London”
Fachvortrag: **Jon Emmett**
(Principal Policy and Programme Officer, Greater London Authority)
- 10** “Embedding Environmental Justice into the Fabric of New York City”
Fachvortrag: **Belinda Chiu**
(NYC Mayor’s Office of Climate & Environmental Justice, New York)
- 11** Podiumsdiskussion im Fish-Bowl Format mit **Matthias Braubach**
(World Health Organization, WHO) und **Prof. Dr. Claudia Hornberg**
(Vorsitzende des Sachverständigenrates für Umweltfragen, SRU) und zwei leeren Stühlen

Moderation: **Larissa Donges** (Fachgebietsleiterin Klimaschutz und Transformative Bildung, Unabhängiges Institut für Umweltfragen, UfU e.V.)

EINLEITUNG

Unter der Leitfrage „Vier Metropolen im Vergleich – wie kann urbane Umweltgerechtigkeit gelingen?“ lud die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) am 25. November 2025 zum 3. Berliner Umweltgerechtigkeitskongress ein. Die Veranstaltung brachte Fachleute und Interessierte aus Verwaltung, Politik, Forschung, Zivilgesellschaft und Praxis zusammen, um Umweltgerechtigkeit aus verschiedenen Perspektiven zu diskutieren und voneinander zu lernen.

Vor Ort beteiligten sich 90 Personen an der Veranstaltung, online waren rund 120 weitere zugeschaltet. Der Kongress wurde von Larissa Donges, Fachgebietsleiterin für „Klimaschutz und Transformative Bildung“ am Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU e.V.) moderiert.

Der 3. Umweltgerechtigkeitskongress weitete den Blick der Berliner Perspektive auf den Stellenwert des Themas Umweltgerechtigkeit in anderen wichtigen Metropolen und auf deren Wege der Umsetzung. Vorträge und Inputs vor Ort im Berliner Museum für Naturkunde wurden dafür durch Live-Schaltungen nach Paris, London und New York zu Verantwortlichen in den jeweiligen Verwaltungen ergänzt.

BEGRÜßUNG DURCH ANDREAS KRAUS, STAATSEKRETÄR FÜR KLIMASCHUTZ UND UMWELT

Gute Umweltbedingungen sollen allen zugutekommen, so fasste Andreas Kraus, in seiner Begrüßung das Konzept der Umweltgerechtigkeit zusammen.

Eine valide Datenbasis, wie sie der Umweltgerechtigkeitsatlas bietet, sei dabei ebenso wichtig wie die Festlegung eines Ziels: Zu diesem Zweck zeige die Umweltgerechtigkeitskarte auf, wo Defizite bestehen und Maßnahmen ansetzen müssen, betonte der Staatssekretär und ging kurz auf die wesentlichen Erkenntnisse aus dem Atlas ein: Eine zentrale Erkenntnis: Sozial benachteiligte Menschen leben in Wohnlagen, die benachteiligend sind. Daraus folgt, dass Menschen mit geringem Einkommen besonders häufig gesundheitsrelevanten Belastungen wie Luftverschmutzung und Lärm ausgesetzt sind. Dass der Umweltgerechtigkeitsatlas diese Zusammenhänge und Verschränkungen von ökologischen, sozialen und Klimafragen so deutlich und konkret für 542 Planungsräume aufzeige, mache ihn so wertvoll für das politische Handeln. Er sei allerdings kein Maßnahmenpaket, sondern ein Planungselement. Nun gelte es, im Hinblick auf die Erkenntnisse die zur Verfügung stehenden Mittel entsprechend einzusetzen.

VORSTELLUNG DES UMWELTGERECHTIGKEITS-ATLAS 2023/2024

„UMWELTGERECHTIGKEIT UND GESUNDHEIT IN BERLIN: EINE INTERSEKTORALE PERSPEKTIVE AUF SOZIAL BENACHTEILIGTE QUARTIERE“

Fachvortrag: Christina Koglin-Fanenbruck
(Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt)

Als Grundlage für die weiteren Diskussionen präsentierte Christina Koglin-Fanenbruck, Leiterin der Gruppe „Nachhaltigkeitspolitik“ in der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, detailliert die Methodik und Erkenntnisse der aktuellen Fortschreibung des Umweltgerechtigkeitsatlas.

Zu Beginn warf sie einen Blick zurück auf die Anfänge und politische Entwicklung der Materie: Die Umweltgerechtigkeits-Debatte baut auf der Environmental Justice-Bewegung in den achtziger Jahren in den USA auf. In Berlin ist Umweltgerechtigkeit seit 2016 von Bedeutung und wurde 2020 ministerielle Regelaufgabe. Die vorhergehenden zwei Umweltgerechtigkeitskongresse in den Jahren 2020 und 2023 sowie die Aktualisierung des Umweltgerechtigkeitsatlas seien ein Beleg für die wachsende politische Relevanz des Themas, so die Referentin. Der Atlas macht die Überlagerungen von Umweltbelastungen und sozialer Benachteiligung sichtbar und schafft damit eine Grundlage für politisches Handeln. In diesem Kontext bietet das im Herbst 2025 verabschiedete Klimaanpassungsgesetz nun auch einen wichtigen gesetzlichen Bezugsrahmen.

Die Fortschreibung des Atlas fokussiert sich erneut auf die fünf Kernindikatoren **Lärmbelastung, Luftbelastung, thermische Belastung, Grünflächenversorgung** sowie **soziale Benachteiligung** und verknüpft die Daten für die Bezugsräume. Für vier dieser fünf Indikatoren lagen 2024 für die Neufassung aktuelle Daten vor. So ergibt sich für 542 Planungsräume mit jeweils durchschnittlich 7.000 Bewohnerinnen und Bewohnern ein aktuelles und konkretes Bild, in welchem Maß jeder Lebensraum mit Umweltfaktoren belastet beziehungsweise mit Grünflächen versorgt ist.

Dabei zeigt sich, dass insbesondere Menschen in einfachen Wohnlagen mit niedrigerem Einkommen überproportional Lärm, Hitze und Luftverschmutzung ausgesetzt sind. Während nur sieben Prozent der Planungsräume in guten Wohngebieten unter einer vierfachen Umweltbelastung leiden, sind es in Stadtvierteln mit niedrigem Status-Index 20 Prozent. Insbesondere im Bezirk Mitte gehen Umweltbelastungen und soziale Benachteiligungen Hand in Hand.

In die aktuelle Fassung des Atlas flossen neue Datensätze aus unterschiedlichen Quellen ein. In diesem Zusammenhang verwies Koglin-Fanenbruck trotz aller Aussagekraft der Karte auf deren Grenzen. Die Datensätze unterliegen abweichenden Berechnungs-, Erhebungs- und Messmethoden sowie -zeiträumen. Insofern sei die Karte „eine jeweilige Momentaufnahme des relativen Vergleichs zwischen Planungsräumen“ und könne „keine Trendentwicklung aufzeigen, ob Berlin umweltgerechter oder -ungerechter werde“.

Dennoch, so legte die Referentin dar, sei der Vergleich mit früheren Versionen sehr aufschlussreich. Am Beispiel des **Kernindikators Lärm**, dessen Hauptverursacher der Verkehr ist, lassen sich besonders deutlich die Auswirkungen politischer Entscheidung beziehungsweise der Realisierung großer Infrastrukturprojekte feststellen.

Anhand der Lärmbelastungs-Karte zeigte Christina Koglin-Fanenbruck als Beispiel, welche Folgen die Eröffnung des Flughafens Berlin-Brandenburg und die damit einhergehende Schließung des Flughafens Tegels in den jeweils angrenzenden Bezirken hatte: Während im Nordwesten Berlins die Schließung Tegels eine erhebliche Lärm-Entlastung für die in der Einflugschneise wohnenden Menschen mit sich brachte, müssen die Bewohnerinnen und Bewohner im Umkreis des neuen Flughafens nun verstärkten Fluglärm in Kauf nehmen. Mit der Karte lässt sich dieser bis auf die Planungsraumebene hin abbilden. Sie bezieht sich auf Daten der strategischen Lärmkarten für den Ballungsraum Berlin.

Hinsichtlich des **Kernindikator Luftbelastung** belegt die aktualisierte Version der Karte eine leichte Verbesserung. Koglin-Fanenbruck wies darauf hin, dass die beiden Luftbelastungskarten in ihrer Aussagekraft nur bedingt vergleichbar seien, da in der neuen Version neben Stickstoffdioxid und den kleinen Feinstaubpartikeln auch die großen Feinstaubpartikel PM₁₀ analysiert wurden.

Die **thermische Belastung**, also die zunehmende Erwärmung der Städte auch im Zuge des Klimawandels, ist innerhalb des S-Bahn-Rings für die dort lebenden Menschen besonders hoch. Hitze stellt insbesondere für Kinder und alte Menschen ein gesundheitsgefährdendes Risiko dar. Die Temperaturen werden an Fassadenpunkten in der ganzen Stadt zwei Mal am Tag, jeweils um 14 Uhr und um vier Uhr nachts modelliert. Zum genaueren Verständnis der konkreten Datenerhebung verwies die Referentin auf das Berechnungsprotokoll auf der [Webseite](#).

Neben Fragen zur Methodik der Erhebungen erläuterte die Referentin auch die Aussagekraft der einzelnen Indikatoren. Während die Lärmbelastung eines Straßenabschnitts objektiv messbar ist, stelle sich bei der Erfassung des **Grünflächenanteils** in einem Viertel die Frage der Vergleichbarkeit der Grünflächen. Eine vernachlässigte, kaum zur Erholung dienende Wiese fließt im gleichen Maß in die Erhebung des Grünflächenanteils ein wie ein schön gestalteter Park oder ein kleines Wäldchen. Diese nicht erfasste, aber wichtige Qualität der Erholungsflächen spielte im Verlauf der weiteren Diskussionen noch häufiger eine Rolle. Doch hier stößt die Statistik an ihre Grenzen. Eine qualitative Bewertung der vielen tausend Grünflächen, in Berlin sei zwar wünschenswert, aber derzeit nicht leistbar, räumte Christina Koglin-Fanenbruck ein.

In Bezug auf die **soziale Benachteiligung** kam die Frage auf, inwiefern dieser Indikator den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtige. Dieser fließe ein, bestätigte ein Teilnehmer aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, sei aber kein zentraler Indikator.

Dass die Karte große weiße, also nicht durch die Indikatoren bewertete Flächen aufweist, veranlasste einen Teilnehmer zu der Nachfrage nach dem Grund: Dies seien vorrangig Industrie- und Gewerbegebiete, in denen niemand gemeldet sei, so die Referentin. Die Karte zeige Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner auf. In den weißen Bereichen der Karte sei niemand oder zu wenige Menschen gemeldet.

„UMWELTGERECHTIGKEIT: LEITBILD EINER GESUNDEN STADTENTWICKLUNG?“

Fachkommentierung: Prof. Dr. Claudia Hornberg
(Vorsitzende des Sachverständigenrates für Umweltfragen, SRU)

Mit einem Kompliment nach Berlin begann Professor Dr. Claudia Hornberg ihren Beitrag. Berlin habe beim Thema Umweltgerechtigkeit eine hervorragende Entwicklung hinter sich. Nun müsse man den Blick nach vorne richten und aufbauend auf den Erkenntnissen aus dem Umweltgerechtigkeitsatlas fragen: „Wie erreicht man in 20 Jahren eine lebenswerte Stadt?“ Auch sie betonte die Bedeutung eines gesetzlichen Bezugsrahmens, um Fortschritte zu erzielen.

Mit ihrem Hintergrund als Medizinerin, Biologin, Ökologin und Expertin für Public Health zeigte sie einen vielschichtigen Blick auf das Thema. Der ist von der Überzeugung geprägt, dass Umwelt und Gesundheit untrennbar miteinander verbunden sind. Sie begrüßte, dass der Atlas nicht nur Belastungen, sondern durch den Indikator Grünflächenversorgung auch salutogene Potentiale aufführt, also Faktoren, die der Gesundheit des Menschen dienen.

Der Umweltgerechtigkeitsatlas mache Ungerechtigkeiten sichtbar. Damit besitze er politische und gesellschaftliche Relevanz für die soziale Stadtentwicklung, so die Expertin. Zugleich sei er mehr als eine Momentaufnahme, sondern sollte möglichst in Fortführungen auch dazu dienen, über Zeiträume hinweg die Wirkung von politischen Maßnahmen abzubilden.

Für den griffigen Slogan „Daten für Taten“ erntete die Vorsitzende des Sachverständigenrates für Umweltfragen viel Zustimmung. Er wurde im Laufe der Veranstaltung immer wieder aufgegriffen. Der Appell dahinter: Die Analyse kann nur der erste Schritt sein, aus ihr muss politisches Handeln folgen.

In diesem Zusammenhang machte sie für künftige Aktualisierungen der Karte zwei Anregungen. Die erste bezog sich auf den Faktor thermische Belastung. Die für die Karte verwendeten Temperaturmodellierungen erfolgen an Hausfassaden. Wie sehr sich die Wohnungen dahinter tatsächlich aufheizen, könne dieser Wert nicht widerspiegeln. Die Temperatur innerhalb der Wohnungen an heißen Tagen hängt vielmehr direkt mit dem Gebäudealter und dem Gebäudetypus zusammen. Diese Faktoren fließen jedoch nicht in die Einstufung ein. „Wie Menschen wohnen, spielt aber eine Rolle dafür, wie belastend die Hitze ist“, gab die Wissenschaftlerin zu bedenken. „Es sind Menschen, und nicht Messpunkte, die die Belastungen spüren.“ Messpunkte sammeln objektiv Daten. Menschen empfinden die erfassten Werte individuell unterschiedlich. Zwangsläufig stößt die Umweltgerechtigkeitskarte bei der Abbildung dieser individuellen Belastungsempfindungen an ihre Grenzen. Darauf wies Claudia Hornberg auch in Bezug auf die Lärmbelastung hin. Der Indikator basiert vorrangig auf Daten über Verkehrslärm, kann also keinen Aufschluss über den von vielen als sehr belastend empfundenen Lärm durch Nachbarschaft geben. Zudem sei das subjektive Lärmempfinden sehr unterschiedlich.

Insofern bildeten die Einstufungen auf den Karten nur einen, wenn auch wichtigen Teil der Belastungen, ab. Für das Gesundheitsempfinden des Einzelnen sei jedoch das Gesamtbild entscheidend.

Auch bei der Erfassung der Grünflächenversorgung gebe es Verbesserungsspielraum. Die Qualität einer Grünfläche sei entscheidend für das Wohlbefinden der Menschen. Professor Hornberg regte daher an, diese Qualität im Rahmen von kleinräumigeren Analysen zu berücksichtigen. In diesem Kontext verwies sie auf existierende Messskalen für Natürlichkeit, deren Anwendung für den Umweltgerechtigkeitsatlas getestet werden könnten.

Hier eröffnet sich ein Dilemma, das auch die Reaktion im Publikum spiegelte: Hochwertigere Parks lassen die Mieten in deren Umfeld potenziell steigen, eine Aufwertung von Grünflächen könnte entsprechend zur Verdrängung der sozial schwachen Bevölkerung führen – die eben diese Grünflächen wegen häufig beengter Wohnverhältnisse besonders benötigt. Um eine solche Spirale nicht in Gang zu setzen, müssten Grünflächen flächendeckend und nicht nur punktuell verbessert werden, so die Referentin.

Trotz aller Kritik: Der Umweltgerechtigkeitsatlas sei ein wichtiges Instrument und könne als Leitbild für eine gesunde Stadtentwicklung dienen. Diese solle auch bei den Lösungswegen Indikatoren zusammen denken. Als Beispiel nannte sie die Einrichtung von grünen Korridoren durch die Stadt, die Menschen motivieren, das Rad zu nutzen und die zugleich die Luft- und Lärm- und Hitzebelastung verringern. Auf diesem Wege könnten mit einer Maßnahme Verbesserungen bezüglich gleich mehrerer Indikatoren erreicht werden.

Claudia Hornberg wünscht sich als Leitbild eine „ökosalute Politik“, die Umwelt und Gesundheit konsequent zusammen denkt und die Lebenswelten fördert, in der alle gut und gesund leben können. Die Entwicklung einer umweltgerechten Stadt sollte den Blick von der Krankheitspolitik viel stärker auf die Gesundheitsprävention legen. Umweltschutz sei in diesem Kontext eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit und Freiheit und damit gesamtgesellschaftlich politisch relevant.

Entsprechend richtete sie einen Appell an die Stadtplanerinnen und -planer im Raum: „Sie legen die Lebenswelten von morgen fest.“ In Anlehnung an die Belastungsindikatoren der Umweltgerechtigkeitskarte schloss sie ihren Vortrag mit der Darstellung von Gerechtigkeitsfaktoren. Über die Verbesserung von Umweltfaktoren hinaus brauche die Stadt von morgen Verteilungsgerechtigkeit, Zugangsgerechtigkeit (zum Beispiel eine leichte Erreichbarkeit von Grünflächen und öffentlichen Verkehrsmitteln), Anerkennungsgerechtigkeit (von vielfältigen Lebenswelten in einem Kiez) und Verfahrensgerechtigkeit (die Möglichkeit für alle, das eigene Wohnumfeld mitzugestalten).

Ihr Fazit: Umwelt und Soziales gehen Hand in Hand und müssen zusammen gedacht werden. Die Umweltgerechtigkeitskarte sei ein wichtiges Instrument, die ungleiche Verteilung umweltbelastender Faktoren zu verdeutlichen und diene als Motivation, umweltpolitisch zu handeln. Claudia Hornberg appellierte, die bestehenden umweltbezogenen Differenzen klar als ungerecht zu benennen. Die Datenanalyse müsse in Handeln münden. Denn es gehe nicht nur um was Wohl des Einzelnen, sondern des Gemeinwesens, so ihr Credo zum Abschluss: „Nur gesunde und umweltgerechte Städte sind zukunftsfähig.“

“ENVIRONMENTAL JUSTICE IN PARIS”

Fachvortrag: Noam Marseille (Deputy Head of the Research Department at the Directorate for Ecological and Climate Transition, City of Paris)

Paris sorgt mit seinen ambitionierten Maßnahmen zum klimafreundlichen Umbau der Stadt weltweit für Aufsehen. Der aus der französischen Hauptstadt zugeschaltete Noam Marseille von der zuständigen Abteilung der Pariser Verwaltung gab auf Englisch und mithilfe von Abbildungen und Diagrammen einen interessanten Einblick in die vielen ineinander verschränkten Strategien auf dem Weg zu diesem Ziel. Eine davon ist der Climate Action Plan 2024 bis 2030, der im Sinne der Umweltgerechtigkeit soziale Gerechtigkeit ins Zentrum der Umweltaktivitäten rückt.

Die Stadt ist mit einer Bevölkerung von rund 7,2 Millionen Menschen im Großraum Paris die dichtbesiedeltste Metropole Europas. Im Zentrum leben rund 2,2 Millionen Menschen. Der erste kommunale Klimaplan, so berichtete der Referent, geht auf das Jahr 2007 zurück, 2012 und 2017 wurde er fortgeschrieben.

Der sozial-ökologische Umbau der Stadt kombiniert Maßnahmen zur Reduktion des klimaschädlichen CO₂-Ausstosses mit Anpassungsstrategien für erwartbare Folgen des Klimawandels: Bis 2050 will die Stadt klimaneutral sein und insbesondere vulnerable und sozial schwache Gruppen wirkungsvoll vor den Folgen des Klimawandels (Hitze, Dürre, Überschwemmungen) schützen. In vier Feldern soll das Leben der Bevölkerung verbessert werden: Durch eine Abkühlung der Stadt und dem Schutz vor Hitze, durch den Kampf gegen soziale Ungleichheit, eine verbesserte Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner und schließlich auf Verwaltungsebene durch einen vorausschauenden Umgang mit Krisen.

Weniger Autoverkehr, mehr Stadtgrün zur Erholung und Abkühlung, der Ausbau des Fahrradnetzes und die Aufwertung öffentlicher Räume, das sind einige zentrale Themen des Pariser Klima-Action-Plans. Paris hat insbesondere den Autoverkehr in den Fokus genommen. Die Parkgebühren für emissionsstarke SUVs sind im zentralen 1. bis 11. Arrondissement mit 225 Euro für sechs Stunden dreimal so hoch wie jene für reguläre Pkws. Der Preis schreckt viele ab. In Folge habe sich die Luftqualität deutlich verbessert, der Ausstoß von NO₂ (Stickstoffdioxid) ist zwischen 2012 und 2022 um 40 Prozent zurückgegangen, so Marseille.

Im Gegenzug wurde die Nutzung des Fahrrads attraktiver gemacht: Seit 2014 richtete Paris 550 Kilometer zusätzliche Fahrradwege ein, deren Nutzung stieg in Folge um 71 Prozent. Zum umweltgerechten Umbau der Stadt gehören auch rund 300 sogenannte begrünte Schulstraßen, die Schulwege von Kindern auto- und emissionsfrei gemacht haben.

Paris' Strategie besteht aus einer Kombination vieler Aktionspläne, das machte Noam Marseilles Präsentation deutlich. Der Climate Action Plan sei nur einer von vielen miteinander verschränkten Vorhaben, unter anderem mit dem Paris Health and Environment Plan. Die Prozesse und Umsetzungen werden innerhalb der Verwaltung von Doktoranden dokumentiert und evaluiert. Kompass aller Maßnahmen sei dabei der Schutz der vulnerabelsten Menschen in Paris sowie der Kampf gegen Ungleichheit. Dabei fokussiert sich die Pariser Verwaltung auf ausgewiesene „environmental health vulnerability zones“, also Stadtbezirke, in denen die Umweltgesundheit besonders niedrig und die Bevölkerung mehrfachen Benachteiligungen ausgesetzt ist.

Auf Nachfrage des Publikums, wie Paris die Vielzahl der präsentierten Vorhaben koordiniere und implementiere, räumte Marseille ein, dies sei durchaus eine Herausforderung. Man müsse immer wieder Anpassungen vornehmen und Personal für die Koordinierung zur Verfügung haben. Das gelte nicht nur für Inhalte, sondern auch die Kommunikation zwischen den vielen Verwaltungsebenen und Bezirken, die nicht an den Grenzen der Pariser Innenstadt enden, sondern in die problematischeren Banlieues der Stadt ausstrahlen. In diesem Kontext betonte er den partizipatorischen Ansatz. Insbesondere in den unterprivilegierten Vierteln sei es zentral, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen und sie in Prozesse einzubeziehen.

„STADT ALS EXPERIMENT: IMPULS ZUM UMWELTGERECHTEN PROTOTYPING“

Fachvortrag: Anna Meide und Yannick Müller (CityLAB Berlin)

Anna Meide und Yannick Müller lieferten interessante Einblicke in das vom Berliner Senat geförderte öffentliche Innovationslabor CityLAB Berlin. Es nutzt vorhandene Daten, darunter auch jene, die in die Berliner Umweltgerechtigkeitskarte einfließen, und entwickelt mit einem Team von rund 40 Mitarbeitende digitale Lösungen, die auch im Rahmen des Themas Umweltgerechtigkeit allen Menschen in Berlin im Alltag Mehrwert bringen.

Yannick Müller stellte die Arbeitsfelder des CityLAB vor und veranschaulichte sie am Beispiel der „Gieß den Kiez“-App. Auf ihr sind fast eine Million Stadtbäume Berlin verzeichnet. Potenzielle Gießpaten können sehen, welche Bäume vor ihrer Haustür bereits versorgt werden oder auch Hilfe benötigen, wo sich die nächste öffentliche Pumpe für die Wasserversorgung befindet und wie nötig diese an dem jeweiligen Tag ist. Die App verwendet und verschränkt Daten der SenMVKU und des Deutschen Wetterdienstes und hat über 10.000 aktive Nutzerinnen und Nutzer. Die „Gieß den Kiez“-App hat auch Bezüge zum Thema Umweltgerechtigkeit, denn gesunde Stadtbäume spielen für die Versorgung mit Sauerstoff und Schatten eine wichtige Rolle. Erfreut berichtete Yannick Müller, dass die App auch in einem Pariser Arrondissement mit den dortigen Daten gefüttert, zur Anwendung kommt.

Die Zukunft gehört digitalen Formaten, so das CityLAB Berlin. Konkret heißt das: „Es geht darum, das Potenzial vorhandener Daten zu verstehen und zu visualisieren“, bekräftigte Anna Meide vom Team Public Data. Aus trockenen Zahlen entstehen Apps mit interaktiven Karten, die zum Beispiel Menschen an heißen Tagen helfen, schattige und kühle Orte in ihrer Umgebung zu finden. Insofern sind die Tools auch ein Beitrag zum Thema Klimagerechtigkeit, betonte Anna Meide und veranschaulichte dies an einem Beispiel. Mithilfe der Berliner **Erfrischungskarte** kann eine Familie, die beengt in einer benachteiligten Wohnlage lebt, für einen Kindergeburtstag einen grünen, schattigen Ort im Freien finden, ausgestattet mit

einer Plansche, in der die Kinder sich abkühlen können und Picknicktischen für die Eltern. Alle Parameter lassen sich in das vom CityLAB entwickelten interaktive Tools eingeben.

Die digitale Erfrischungskarte ist Teil des Berliner Hitzeschutzplans und nutzt Daten aus dem offenen Berliner Datenportal daten.berlin.de. Dort standen im November 2025 2.649 Datensätze zur Verfügung.

Was die Visualisierung betrifft, bestehen bezüglich der Berliner Umweltgerechtigkeitskarte noch Potenziale, sie existiert derzeit nur in einer pdf-Version. Anne Meide zeigte Wege auf, sie besser digital zu nutzen und zugänglich zu machen, ihre Tools zu erweitern und die Datenvisualisierung zu verbessern. Dazu biete das Masterportal der Karte bereits alle Möglichkeiten. „Im digitalen Raum lässt sich fast alles mit allem verschneiden, analysieren und visualisieren.“ So könnte man mit diesem Tool beispielsweise schnell den Anteil migrantischer Bewohnerinnen und Bewohner mit der thermischen Belastung von Kiezen verknüpfen und sehen, ob sie überproportional in von Hitze belasteten Vierteln leben.

Aus dem Publikum kam der Hinweis, dass eine detaillierte Adresssuche hilfreich sei. Die könne man in die Erfrischungskarte einbauen, versprach Anne Meide. Diesen Hinweis werde sie an ihre Kollegen im Team weitergeben. Das [Geoportail Berlin](#), so eine Anmerkung eines Teilnehmers, sei bereits mit einer solchen Adresssuchfunktion versehen.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Verknüpfung der Daten der Umweltgerechtigkeitskarte mit Informationen zur ärztlichen Versorgung in den Kiezen. Solange Daten offen verfügbar und maschinenlesbar seien, könne man sie verschneiden, betonte Anne Meide. „Dann können wir alles auf alles mappen.“ Für die Visualisierung von Themenfeldern auch der Umweltgerechtigkeit bietet der digitale Raum also schier grenzenlose Möglichkeiten.

“BUILDING A JUST TRANSITION IN LONDON”

Fachvortrag: Jon Emmett
(Principal Policy and Programme Officer, Greater London Authority)

Der aus London zugeschaltete Jon Emmett begann seine englischsprachige Präsentation mit der Vision für die englische Metropole. Bis 2030 will London CO₂-neutral werden. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen unter anderem der öffentliche Nahverkehr dekarbonisiert, die Gebäude energieeffizienter gestaltet und die Nutzung erneuerbarer Energien gefördert werden.

Dies alles sei kein Selbstzweck, es gehe vielmehr darum, eine bessere Stadt für jede und jeden zu schaffen. Insofern seien bessere Umweltbedingungen direkt mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit verknüpft. Besonders ethnische Minderheiten leben in London häufig in Bezirken mit schlechter Luftqualität und mangelhafter Grünflächenversorgung und seien damit den Auswirkungen des Klimawandels ungeschützt ausgesetzt. 85 Prozent der von zu hohen NO₂-Werten betroffenen Menschen wohnen in den ärmsten Stadtbezirken.

Jon Emmett stellte kurz einige Handlungsfelder der Londoner Verwaltung und ihre Herausforderungen vor. So investiere die Stadt 230 Millionen Pfund in den energieeffizienten Umbau von 22.000 Wohnungen. Familien werden vor Ort zum Thema Energieeffizienz und zur finanziellen Förderung von Umbaumaßnahmen beraten. Um diese Modernisierungen realisieren zu können, hat London über 30.000 Menschen in den entsprechenden Jobs umgeschult und gefördert und so zugleich den Arbeitsmarkt stimuliert. Hier überschneiden sich grüne und wirtschaftliche Themen mit den Lebensbedingungen der Menschen. Ausgewählte sozial benachteiligte Bezirke wurden zu „future neighborhoods“ ernannt, auf denen ein besonderer Fokus liegt. Hier erhalten die Bewohnerinnen und Bewohner zum Beispiel zur Senkung ihrer Energiekosten eine Dreifachverglasung, die klimafreundliche Mobilität wird durch Fahrradtrainings für Migrantinnen und Migranten gefördert.

Emmetts Vortrag widmete sich weniger der Darstellung und Analyse von bestehenden Umweltgerechtigkeiten als vielmehr handfesten Projekten, mit denen London diese zu mindern versucht. Wie in Paris wird auch in London der Individualverkehr mit hohen Gebühren belegt, wenn Menschen mit dem eigenen Auto in die Innenstadt fahren möchten. Diese Entscheidung hat zu spürbaren Luftverbesserungen geführt. Der NO₂-Ausstoß in der Old City ist seit Einführung der City Maut um 54 Prozent gesunken und damit die Luftqualität für alle gestiegen.

Hier kam Emmet auf die Herausforderungen zu sprechen: Die Menschen müssen die positiven Folgen der Maßnahmen spüren. Dazu sei es zentral, mit der Bevölkerung im Austausch zu sein und einen langen Atem zu haben. Eine gute Datengrundlage und transparente Entscheidungswege helfen bei der Akzeptanz. Gegen die City Maut habe es erheblichen Widerstand gegeben, aber der habe sich mittlerweile gelegt.

Er schloss mit einem Plädoyer für eine globale Vernetzung der Kommunen. Um Erfolge zu erzielen, seien Kooperationen zwischen Städten auch auf internationaler Ebene essentiell, betonte er und nannte als Beispiel die Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister großer Städte auf dem World Mayor Summit. Man dürfe nicht zu lokal denken, sondern in großen Netzwerken. Der letzte World Mayors Summit brachte im November 2025 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus 100 Städten mit Wirtschaftsführerinnen und Wirtschaftsführern sowie der Zivilgesellschaft. Das Momentum, das auch von solchen Treffen ausgehe, sei bedeutend, um den Weg zu klimaneutralen und damit gesünderen und umweltgerechteren Städten weiter zu gehen.

“EMBEDDING ENVIRONMENTAL JUSTICE INTO THE FABRIC OF NEW YORK CITY”

Fachvortrag: Belinda Chiu
(NYC Mayor’s Office of Climate & Environmental Justice, New York)

Mit Spannung wurde auch der englischsprachige Vortrag von Belinda Chiu aus dem Büro des Bürgermeisters von New York City (NYC) aufgenommen. Sie fokussierte sich wie ihr Vorgänger aus London auf die zahlreichen Maßnahmen, die New York City in den vergangenen Jahren zur Förderung der Umweltgerechtigkeit (Environmental Justice/EJ) ergriffen hat. Das Thema wird seit 2017 offiziell in allen Politikbereichen mitgedacht und sei in Entscheidungsprozesse eingebettet.

Vergleichbar mit der Berliner Umweltgerechtigkeitskarte gibt es auch in NYC einen Report, der anhand von 45 soziodemographischen und umweltbezogenen Indikatoren besonders belastete Bezirke aufzeigt. In NYC gehören 44 Prozent der Stadt mit 49 Prozent der Bevölkerung dazu. Auch in der US-Metropole sind vorrangig soziale Schwache und ethnische Minderheiten von Fragen der öffentlichen Gesundheit betroffen.

2024 veröffentlichte die Stadt den letzten aktuellen **EJ-Report** und ein **digitales Kartentool**. In dieser interaktiven Karte liegen mehr als 100 Datenebenen übereinander. Sie können von den Menschen vor Ort, Verwaltungen, NGOs, und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eingesehen und genutzt werden.

Das zukünftige Handeln der Stadt, der **EJNYC (Environmental Justice NYC) Plan**, basiert auf den Erkenntnissen des EJ-Reports. New York soll durch zahlreiche Maßnahmen, gesünder und klimaresilienter und grüner werden. In Bezug auf letzteres nannte Chiu als Beispiel den **NYC Urban Forest Plan**. Sein Ziel ist, dass 30 Prozent der Stadtfläche von Baumkronen beschattet sind. Das **NYC Accelerator Program** hilft wiederum Hausbesitzerinnen und -besitzern sowie in der Immobilienentwicklung Tätigen, den

Energieverbrauch von Gebäuden zu senken. In 30.000 Häusern wurde bereits durch Beratung und finanzielle Unterstützung die Energieeffizienz erhöht. Im Rahmen des **Resilient Acquisitions Program** können Menschen wiederum ihre durch Überflutungen gefährdeten Häuser an die Stadt verkaufen und umziehen. Auf dem freien Markt hätten solche Immobilien sonst kaum eine Chance, Kaufinteresse zu erwecken.

Belinda Chiu betonte, dass zu einer erfolgreichen Umsetzung solcher Pläne sowohl die Verknüpfung von Beratungsgremien aus Politik und Wissenschaft untereinander als auch mit Bevölkerung zentral sei. „Wir hören den New Yorkern zu“, betonte sie. Das Programm **Climate Strong Communities** wendet sich direkt an die Menschen. Vor Ort in den Stadtbezirken, den Boroughs, sucht die Stadt in Workshops und auf Spaziergängen den Austausch mit den Betroffenen. Jeder der fünf Boroughs hat dabei einen eigenen Schwerpunkt: in Manhattan die Hitze, in der Bronx die Luftverschmutzung, in Brooklyn die Versorgung mit Stadtgrün, in Queens die Überflutungsgefahr und in Staten Island die Verbindung von Armut und Klimawandel. Es sei immens wichtig, zu den Menschen zu gehen, sagt Belinda Chiu und guten Kontakt zu geachteten und geschätzten Repräsentanten des jeweiligen Viertels zu pflegen.

Anfang 2026 wird NYCs neuer Bürgermeister Zohran Mamdani sein Amt antreten. Er möchte von den Menschen in der Stadt zunächst erfahren, was sie sich von ihm wünschen, sagt Chiu. Daher wird es in den kommenden Wochen und Monaten viele Feedback Sessions geben, im nächsten Jahr soll eine aktualisierte Agenda des Environmental Justice Plans veröffentlicht werden. Wichtig sei auf politischer Ebene, das Thema fokussiert und mit Nachdruck voranzutreiben, so Chiu.

Auf die Frage, wie vertraut New Yorker denn mit dem Begriff Environmental Justice seien, berichtete auch sie, dass er als Terminus noch nicht in der Bevölkerung bekannt und verbreitet sei. Ihre Erfahrung gleicht jener in Berlin: „Die Menschen wissen, was Umweltgerechtigkeit ist, ohne das Wort zu kennen.“

PODIUMSDISKUSSION IM FISH-BOWL FORMAT

mit Matthias Braubach (World Health Organization, WHO) und Prof. Dr. Claudia Hornberg (Vorsitzende des Sachverständigenrates für Umweltfragen, SRU) und zwei leeren Stühlen

Im abschließenden Fishbowl-Format bot sich die Gelegenheit, Perspektiven aus dem Publikum in die Debatte einzubringen. Geleitet wurde die Diskussion von Larissa Donges, die zunächst Matthias Braubach und Prof. Dr. Claudia Hornberg nach ihren Eindrücken und zentralen Aspekten der Veranstaltung befragte.

Beide betonten aus wissenschaftlicher Perspektive die Bedeutung valider Daten als Grundlage politischen Handels. Es erfordere dann politischen Willen, um die vorhandenen Daten auch gegen Widerstände in Aktionen umzusetzen. „Die Mehrfachbelastungskarte in Berlin ist ein sehr gutes Argument, das man politisch nutzen kann“, so Matthias Braubach, Stadtgeograph und Experte der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Er betonte, politisches Denken und Handeln müsse über Legislaturperioden hinaus reichen und eine klare Strategie verfolgen. Statt sich auf Hotspots zu fokussieren und auf Probleme reaktiv zu handeln – zum Beispiel, indem man hier und dort eine neue Grünanlage eröffnet – müsse man die Ergebnisse „strategisch, präventiv und proaktiv in politische Prozesse einbeziehen“.

Eine solche Strategie müsse wiederum durch eine langfristige wissenschaftliche Evaluation begleitet werden. Man brauche eine methodische Datenkonsistenz, um die Ergebnisse einer Intervention zu belegen.

In diesem Punkt sah Braubach in den Städtepräsentationen noch Potenzial: Die Frage: „Was macht ihr mit den Ergebnissen in der Umsetzung“ verdiene in allen Städten noch eine genauere Betrachtung. „Wir müssen verstehen, was funktioniert und was nicht funktioniert und warum. Sonst kommen wir nicht weiter“, so Braubach.

Was für Einblicke haben beide aus den Präsentationen aus New York, Paris und London mitgenommen, fragte Larissa Donges? Was kann sich Berlin vielleicht abschauen?

Matthias Braubach zeigte sich beeindruckt von Paris' Mut, fördernde und restriktive Maßnahmen wie extrem hohe Parkgebühren für SUVs zu verbinden. Politisch sei dies sicher nicht einfach durchzusetzen, sagte er auch bezogen auf die deutsche Debatte. Die Umweltgerechtigkeits-Pläne aller präsentierten Städte seien breit aufgestellt und nicht auf ein Thema fokussiert und gehen „implementationsfokussiert“ ins Handeln, freute er sich. Beim Thema Mapping zeigten sich hingegen große Unterschiede. Während in Berlin das Mapping der Umweltgerechtigkeit sehr weit vorangeschritten sei, stehe in Paris die Implementierung von Maßnahmen an erster Stelle.

Alle Städte zeigen: „Man braucht einen langen Atem“, so Claudia Hornberg. Positiv hob sie die deutliche Kopplung der Themen Umweltgerechtigkeit und Migration in Paris und London hervor. Die unterschiedlichen Entscheidungsstrukturen und Partizipationsprozesse in den jeweiligen Städten machen einen direkten Vergleich jedoch schwer. Woher kommen jeweils die Impulse, sich mit dem Thema Umweltgerechtigkeit zu beschäftigen?

Aus der Verwaltung, der Politik oder Bevölkerung? Wie sind die Prozesse gestaltet? Und welche Wege stehen bei der Umsetzung offen oder auch welche Hindernisse im Weg. All dies muss bei einem Vergleich mitberücksichtigt werden.

Ganz zentral, darüber herrscht Einigkeit, ist jedoch die Kommunikation mit jenen, über die es beim Thema Umweltgerechtigkeit geht: den Menschen in der Stadt. Hier sahen beide Seiten auf die deutsche Debatte bezogen Defizite. Es sei noch nicht gelungen, der Bevölkerung die Relevanz des Themas zu vermitteln, obwohl es direkt ihre eigene Lebenswelt betrifft.

„Viele spüren die Ungleichheit jeden Tag, aber sie kennen den Begriff und das Konzept nicht“, bestätigte eine im Quartiersmanagement tätige Teilnehmerin. Sie appellierte an den Mut, das Konzept dennoch zu vermitteln, jedoch in einer Sprache, die breite Bevölkerungsgruppen erreicht. Im Grunde gebe es eine einfache Umschreibung: „Wie kann ich gerne und sicher da leben, wo ich leben?“ Für dieses Thema seien die Menschen durchaus empfänglich.

Dabei gehe es auch um strukturelle Benachteiligungen. Die wichtige Identifikation mit dem Gemeinwesen und der Nachbarschaft leide, wenn Menschen sich in sozial schwachen Kiezen auch strukturell benachteiligt fühlen, zum Beispiel durch fehlende Arztpraxen, betonte eine Teilnehmerin.

„Wir sind zu spät aus unseren Blasen herausgekommen und in der Diskussion zu abgehoben“, bekannte Claudia Hornberg. Es sei höchste Zeit für eine andere Kommunikationsstrategie, die Umweltgerechtigkeit mit leichtgängigeren Themen kopple und für Maßnahmen, die näher an den Menschen auf Kiezebene entwickelt werden. Die Herausforderung sei, einen notwendigen Tiefgang in der Methodik mit einer verständlichen Vermittlung zu verbinden. Insofern müsse man sprachlich an die Themen andocken, die die Menschen vor Ort beschäftigen und sie nicht mit abstrakten Begriffen und Prozessen von oben belehren.

Ein weiterer Beitrag aus dem Publikum stellte den Sinn weiterer Datenerhebungen in Frage. Vieles sei doch bekannt: zum Beispiel, dass der Lärm an Hauptstraßen besonders belastend sei. Gegen diesen Einwand wehrte sich Matthias Braubach. Das Datenmaterial sei für die Evidenz notwendig, reines Empfinden von Benachteiligungen oder Belastungen reiche nicht aus, um politisches Handeln zu initiieren. Er räumte aber ein, dass die Ergänzung der derzeit vorwiegend quantitativen Daten durch qualitative Daten, die in Gesprächen mit Betroffenen über deren individuelles Belastungsempfinden erhoben werden, durchaus sinnvoll wäre.

„Wir haben einen Datenfriedhof ohne politische Relevanz geschaffen“, so der Vorwurf eines anderen Teilnehmers. Auf Erkenntnisse würde kein Handeln folgen. Er wünschte sich in Anspielung auf die französischen Gelbwesten wütende Berlinerinnen und Berliner in Grünwesten, die für ihr Recht auf Gesundheit demonstrieren. Hier hielt Claudia Hornberg dagegen. Sie zweifelte daran, dass wir mehr Wut auf den Straßen bräuchten.

Frau Kaul aus der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt widersprach der Kritik. Die Daten aus dem Umweltgerechtigkeitsatlas dienten durchaus als Grundlage für Entscheidungen und würden zum Beispiel im Rahmen der „ressortübergreifenden Gemeinschaftsinitiative“ genutzt, wo ganz konkret geschaut werde, in welchen Quartieren es den Bedarf gebe, Fördermittel gezielt einzusetzen. Es wurde ein Handlungsrahmen entwickelt, der als Referenz für solche Entscheidungen diene. In Zeiten von knappen Haushaltsmitteln werde diese Diskussion auch in Zukunft weitergeführt.

Ein weiterer Diskussionsbeitrag regte an, die vorhandenen Daten auch in Gesetzgebungsverfahren zu nutzen und verwies auf den von der Bundesregierung ausgerufenen Bau-Turbo, der die Schaffung dringend benötigten neuen Wohnraums vorantreiben soll. Es wäre sinnvoll, das Thema Umweltgerechtigkeit in diesen schnellen Prozessen von vorneherein mitzudenken.

Man brauche einen langen Atem, resümierte Larissa Donges zum Abschluss der Veranstaltung. Doch zugleich habe der Tag deutlich gemacht, wie viel im Zuge des Themas Umweltgerechtigkeit bereits geschehen sei, in Berlin und vielen anderen Metropolen. Nun heißt es, konsequent darauf aufzubauen.

Senatsverwaltung
für Mobilität, Verkehr,
Klimaschutz und Umwelt

BERLIN



Senatsverwaltung für Mobilität,
Verkehr, Klimaschutz und Umwelt
Öffentlichkeitsarbeit
Am Kölnischen Park 3, 10179 Berlin



www.berlin.de/sen/mvku



[instagram.com/senmvkuberlin](https://www.instagram.com/senmvkuberlin)



[youtube.com/@senmvkuberlin](https://www.youtube.com/@senmvkuberlin)



[linkedin.com/company/senmvku](https://www.linkedin.com/company/senmvku)

Berlin, 02/2026